

**Gesamtvertrag
zur Vergütung von Ansprüchen nach § 54c UrhG**

Die Büro Forum 2000 AG, Siemensstraße 7, 42781 Haan,, vertreten durch den Vorstand: Ingo Dewitz und Jörg Schaefers

- im Folgenden: **Betreiberverband** –

einerseits und die

Verwertungsgesellschaft WORT (VG WORT), rechtsfähiger Verein kraft Verleihung, München, gleichzeitig handelnd für die Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst (VG Bild-Kunst), vertreten durch die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der VG WORT, Herrn Dr. Robert Staats und Herrn Rainer Just,

- im Folgenden: **VG WORT** –

andererseits

schließen folgenden Gesamtvertrag:

**§ 1
Vertragsgegenstand**

1. Dieser Vertrag regelt den Anspruch der Rechteinhaber für die sog. Betreibervergütung gem. § 54c UrhG durch Zahlung einer pauschalen, jährlichen Vergütung für Kopiergeräte und Drucker gem. § 3 des Vertrags. Dieser Vertrag erfasst nicht Vervielfältigungsgeräte, die im Rahmen des § 54c UrhG von Schulen, Hochschulen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie öffentlichen Bibliotheken selbst betrieben werden.
2. Die Mitglieder des Betreiberverbands können mit der VG WORT auf Basis dieses Vertrags Einzelverträge abschließen.
3. Die VG Wort erklärt, dass die VG Bild-Kunst und sie derzeit als einzige Verwertungsgesellschaften Ansprüche aus § 54 c UrhG geltend machen. Die VG WORT übernimmt – auch für die VG Bild-Kunst – die Entgegennahme und Kontrolle der Meldungen sowie das Inkasso.

§ 2 Definitionen

Im Sinne dieses Gesamtvertrages gelten als

- **Betreiber:** Copyshops und sonstige Betreiber, die Kopiergeräte und/oder Drucker im Sinne des § 54c Abs. 1 UrhG auf eigene Rechnung aufstellen und unterhalten. Der Anspruch auf Betreibervergütung setzt nicht voraus, dass die Geräte ausschließlich zur Vornahme von Vervielfältigungen zum privaten oder sonstigen eigenen Gebrauch im Sinne des § 53 Abs. 1 bis 3 UrhG bestimmt sind bzw. benutzt werden, soweit sie jedenfalls auch dazu bestimmt sind bzw. benutzt werden, solche Vervielfältigungen vorzunehmen.

- **Copyshops:** Einrichtungen, die mindestens drei der in § 3 Abs. 1 dieses Vertrages genannten Kopiergeräte und/oder Drucker pro Standort für die entgeltliche Herstellung von Ablichtungen bereithalten (§ 54c Abs. 1 UrhG).

- **Sonstige Betreiber:** Einrichtungen, die nicht mehr als zwei der in § 3 Abs. 1 dieses Vertrages genannten Kopiergeräte und/oder Drucker pro Standort für die entgeltliche Herstellung von Ablichtungen bereithalten (§ 54c Abs. 1 UrhG) und deren Tätigkeitsschwerpunkt außerhalb des Lohnkopierbereichs liegt. Einrichtungen, deren Tätigkeitsschwerpunkt der Lohnkopierbereich ist, werden als Copyshops angesehen. Dazu zählen auch solche Einrichtungen, deren Geschäftsbetrieb auf die entgeltliche Bereitstellung von Büroinfrastrukturen gerichtet ist.

- **Hochschule:** Hochschulen sind Universitäten, Akademien (Bauakademie, Bergakademie) sowie alle Arten von Hochschulen, insbesondere Gesamthochschulen, kirchliche, medizinische, technische, pädagogische Hochschulen, Wirtschafts- und Handelshochschulen, Hochschulen der Bundeswehr, Hochschulen, die künstlerisch-wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildungen betreiben (z.B. Filmhochschulen, Konservatorien, Kunstakademien, Kunsthochschulen, Musikhochschulen, Hochschulen für Schauspielkunst), ebenso Duale Hochschulen, Fachhochschulen bzw. Hochschule für Angewandte Wissenschaften oder für öffentliche Verwaltung.

§ 3 Erfasste Geräte

1. **Kopiergeräte** im Sinne dieses Vertrags sind:

herkömmliche Fotokopiergeräte sowie Multifunktionsgeräte, die die Funktionen von mehreren, ansonsten getrennt anzuschaffenden Geräten in einem Gehäuse vereinen, solange sie über ein festes Vorlagenglas verfügen. Stand-alone Scanner, Stand-alone Drucker und Gerätekombinationen, die Scanner und Drucker in einer Funktionseinheit, aber nicht in einem Gehäuse vereinen, sind nicht Gegenstand dieses Vertrages.

Darüber hinaus unterliegen – mit Ausnahme der sog. Gerätevergütung gem. §§ 54 ff. UrhG – die Betreiber hinsichtlich der betroffenen Geräte keiner weiteren urheberrechtlichen Vergütungspflicht.

2. Die Vorgaben des BGH, insbesondere zur Möglichkeit der Entkräftung der Vermutung, zu Nachweispflichten und Beweislast im Zusammenhang mit der Betreibervergütung (vgl. z.B. BGH, Urteil vom 09.02.2012, I ZR 43/11), bleiben von diesem Vertrag unberührt.

3. Die Parteien sind sich darin einig, dass diesem Vertrag keinerlei präjudizielle Wirkung im Hinblick auf die streitigen Rechtsfragen zukommt bei der Frage, ob die Vergütungspflicht nach § 54c UrhG auch Vervielfältigungen erfasst, bei denen es sich nicht um Vervielfältigungen von einer analogen Vorlage auf einen analogen Träger handelt (Vervielfältigungen von digitalen Vorlagen auf analoge Träger, die Vervielfältigung von analogen Vorlagen auf digitale Träger oder die Vervielfältigung von digitalen Vorlagen auf digitale Träger).

4. **Drucker** im Sinne dieser Vereinbarung sind:

Geräte, die digitale Vorlagen auf Papier vervielfältigen können, unabhängig davon, ob dies im Wege des Tintenstrahldrucks, im Wege des Laserdrucks oder mittels LED-, Gel-, Wachs- oder Festtintentechnologien geschieht (im Folgenden „Digitaldrucker“ genannt).

5. Digitaldrucker unterfallen der Vergütungspflicht, wenn sie Papier mindestens im Format DIN A4 und nicht größer als im Format DIN A3 verarbeiten können.

6. Digitaldrucker mit einer Druckgeschwindigkeit von

- 85 A4-Seiten/Minute und schneller für den Schwarzweiß-Druck und
- 60 A4-Seiten/Minute und schneller für den Farb-Druck

sind nach dieser Vereinbarung **nicht** gem. § 54 c UrhG vergütungspflichtig.

Auch Digitaldrucker, die diese Druckgeschwindigkeiten überschreiten, unterfallen dem Recht der Verwertungsgesellschaften auf den Kontrollbesuch gem. § 54g UrhG, jedoch während der Laufzeit dieses Vertrags nicht der Melde- und Vergütungspflicht gem. § 54c UrhG.

7. Die Regelung zur Ausnahme von der Vergütungspflicht für Geräte mit einer höheren Druckgeschwindigkeit gem. Abs. 3 stellt kein Präjudiz für das Abgrenzungskriterium der Druckgeschwindigkeit an sich oder der Druckgeschwindigkeit mit den oben genannten Geschwindigkeiten bei Neuverhandlungen auf der Basis einer neuen Nutzungsstudie dar. Grundsätzlich besteht zwischen den Parteien jedoch Einigkeit darüber, dass digitale Produktionsdruckmaschinen, die typischerweise nicht für Vervielfältigungen im Sinne von § 53 Abs. 1 bis 3 UrhG genutzt werden von der Vergütungspflicht ausgenommen sind.

8. Von der Vergütungspflicht nach diesem Vertrag ausgeschlossen sind insbesondere die folgenden Maschinen und Geräte der Druckindustrie:

- Nadel- oder Punktmatrixdrucker, Bandbeschriftungsgeräte, Etiketten-, Label-, Kassen- und Fotodrucker, die ausschließlich Sonderformate unter DIN A4 verarbeiten, Drucker für Verpackungen, Proof-Drucker, Rollendrucksysteme, Drucksysteme zum Bedrucken von Materialien aus Kunststoff, Systeme zum Körperdruck, Systeme zum Bedrucken starrer Materialien, 3D-Druckmaschinen sowie Drucksysteme für Textilien;
 - Flachdruckmaschinen (z.B. Offsetdruck, Blechdruck);
 - Hochdruckmaschinen (z.B. Buchdruck, Flexodruck);
 - Tiefdruckmaschinen (z.B. Rakeltiefdruck – Rollendruck und Bogendruck);
 - Großformatkopiergeräte ab DIN A 2;
 - Durchdruckmaschinen (z.B. Siebdruck, Filmdruck, Schablonendruckgeräte)
- sowie
- Mikrofilmaufnahmegeräte.

§ 4 Vergütung

1. Die Höhe der von dem Betreiber insgesamt geschuldeten Vergütung bemisst sich gem. § 54 c Abs. 2 UrhG nach der Art und dem Umfang der Nutzung des Geräts, die nach den Umständen, insbesondere nach dem Standort und der üblichen Verwendung wahrscheinlich ist.

Die Betreiber zahlen zur Abgeltung sämtlicher Ansprüche nach § 54c Abs. 1 UrhG nach diesem Vertrag pro Gerät und Jahr folgende Vergütung an die VG Wort gemäß der nachfolgenden Tariftabellen:

a) Copyshops

Kopiergeräte	A	B	C
	132,80 € (veröffentlichter Tarif: 166 €)	99,20 € (veröffentlichter Tarif: 124 €)	72,80 € (veröffentlichter Tarif: 91 €)

Drucker	A	B	C
	119,52 € (veröffentlichter Tarif: 149,40 €)	89,28 € (veröffentlichter Tarif: 111,60 €)	65,52 € (veröffentlichter Tarif: 81,90 €)

A = Einrichtungen in Hochschulnähe, d.h. wenn der Copyshop nicht mehr als 500 m zu Fuß von einer Hochschule entfernt liegt.

B = Einrichtungen in Hochschulstädten, die aber mehr als 500 m zu Fuß von einer Hochschule entfernt liegen.

C = Einrichtungen in Orten ohne Hochschule.

b) Sonstige Betreiber

Kopiergeräte	D	O	E
Kalenderjahr 2014	334,40 € (veröffentlichter Tarif: 418 €)	152 € (veröffentlichter Tarif: 190 €)	34,64 € (veröffentlichter Tarif: 43,30 €)

Drucker	D	O	E
Tarif	300,96 € (veröffentlichter Tarif: 376,20 €)	136,80 (veröffentlichter Tarif: 171 €)	31,18 € (veröffentlichter Tarif: 38,97 €)

D = Geräte, die an Hochschulstandorten aufgestellt sind (Wissenschaftliche Bibliotheken, Vorlesungsgebäude, Mensagebäude).

O = Geräte, die in Bibliotheken aufgestellt sind. Die Tarifregelung O findet Anwendung auf Geräte in

- Bildungseinrichtungen
- öffentlichen Bibliotheken in Orten über 20.000 Einwohnern (wie ausgewiesen in der jeweils aktuellen Fassung der Deutschen Bibliotheksstatistik unter „Einwohnerzahl des Bibliotheksorts“)
- sowie auf öffentliche Bibliotheken mit mehr als zwei Kopiergeräten unabhängig von der Einwohnerzahl des Bibliotheksorts
- Bibliotheken an sonstigen Standorten.

E = Geräte im Einzelhandel und an allen sonstigen Standorten (z.B. Gemeinden, Postämter) wenn sie für das entgeltliche Kopieren aufgestellt werden (z.B. als Münz- oder Wertkartengerät) sowie Geräte in öffentlichen Bibliotheken in Orten mit bis zu 20.000 Einwohnern (wie ausgewiesen in der jeweils aktuellen Fassung der Deutschen Bibliotheksstatistik unter „Einwohnerzahl des Bibliotheksorts“) und öffentlichen Bibliotheksstandorten mit bis zu zwei Kopiergeräten.

2. Die in Absatz 1 Buchstaben a) und b) festgelegten Sätze berücksichtigen einen Gesamtvertragsrabatt in Höhe von 20 % gegenüber dem im Bundesanzeiger veröffentlichten Tarif. Sie gelten zzgl. der gesetzlichen MwSt. (derzeit 7 %).

Die genannten Vergütungssätze verstehen sich pro Kalenderjahr. Bei Geräten, die während des laufenden Kalenderjahrs in Betrieb genommen werden, berechnet sich die Vergütung anteilig ab Beginn des Kalendermonats, in welchem die Inbetriebnahme erfolgt ist (Zwölftelung).

3. Zwischen den Parteien wird klargestellt, dass die in Absatz 2 aufgeführten Vergütungssätze für Drucker im Verhandlungswege auf Basis der bisherigen gemeinsamen Kenntnisse von der Nutzung von Digitaldruckern ermittelt wurden. Diese Vergütungssätze stellen deshalb keine Berechnungsgrundlage oder ein Präjudiz für künftige Verhandlungen dar. Insbesondere stellen die vereinbarten Vergütungssätze auch kein Präjudiz für die angemessene Vergütung für Vervielfältigungen dar, die im Zusammenhang mit Nutzungen nach § 52b UrhG angefertigt werden.
4. Das Recht des einzelnen Betreibers die widerlegliche Vermutung der Vergütungspflicht entsprechend der Vorgaben des Bundesgerichtshofs (vgl. z.B. BGH, Urteil vom 09. Februar 2012, I ZR 43/11 „Digitales Druckzentrum“) zu entkräften, bleibt von diesem Vertrag unberührt.
5. Der Einzelvertrag („Meldebogen“) mit dem Betreiber sieht vor, dass dieser sich verpflichtet, unaufgefordert jährlich oder bei Inbetriebnahme eines tarifpflichtigen Gerätes vollständige und korrekte Auskünfte über die Nutzung und die Einordnung des Geräts unter diesen Tarif schriftlich an die VG WORT zu erteilen. Nicht, unkorrekt oder unvollständig abgegebene Meldungen können zum Verlust des Gesamtvertragsrabatts gem. § 4 c) Absatz 2 führen.
6. Die Zahlung erfolgt jährlich spätestens 30 Tage nach Zugang einer Rechnung zzgl. der jeweils geltenden Mehrwertsteuer und mit befreiender Wirkung gegenüber allen Rechteinhabern auf folgendes Konto:

Kontoinhaber: Verwertungsgesellschaft WORT

HypoVereinsbank München

Konto Nr.: 66 737 2828

BLZ: 700 202 70

IBAN DE 55700202700667372828

BIC HYVEDEMMXXX

Nach Zahlungseingang stellen die Verwertungsgesellschaften den Betreiber in Höhe der geleisteten Vergütung von sämtlichen Ansprüchen Dritter, die diese im Umfang dieses Vertrags gegen den Betreiber aus § 54c UrhG geltend machen, für den Zeitraum, auf den die Zahlung sich bezieht, in Höhe der geleisteten Vergütung frei.

7. Wird ein Gerät vor Ablauf der Pauschalfrist nachweislich und mindestens für den Rest dieser Pauschalfrist nicht mehr zur entgeltlichen Vornahme von Ablichtungen bereitgestellt oder aus dem räumlichen Geltungsbereich des Urheberrechtsgesetzes entfernt, erfolgt eine anteilige Erstattung des Vergütungsbetrages. Sie errechnet sich nach der Anzahl der vollen Kalendermonate, die einem der vorgenannten Ereignisse und dem Eingang der Abmeldung des Gerätes bei der VG WORT bis zum Ablauf der Pauschalfrist folgen (Zwölfteilung). Die Erstattung erfolgt grundsätzlich im Wege der Verrechnung mit weiteren Vergütungsbeträgen; ansonsten können die Mitglieder der Betreibervereinigung eine Erstattungszahlung verlangen.

§ 5

Kontrollrecht der VG WORT

1. Die VG WORT kontrolliert die Vollständigkeit und Korrektheit der Meldungen nach § 4 Abs. 3 dieses Vertrags und nach § 54g UrhG durch Betreten der Betriebs- und Geschäftsräume des Betreibers, der Geräte für die entgeltliche Herstellung von Ablichtungen bereithält, während der üblichen Geschäftszeit durch ihren Außendienst. Der Kontrollbesuch wird so ausgeübt, dass vermeidbare Betriebsstörungen unterbleiben.
2. Der Einzelvertrag mit dem Betreiber sieht vor, dass dieser sich verpflichtet, den Kontrollbesuch gem. § 54g UrhG zu gestatten und alle ihm gemäß §§ 54c, 54g UrhG obliegenden Auskünfte ordnungsgemäß zu erteilen. Die Verweigerung des Kontrollbesuchs führt zum Verlust des Gesamtvertragsrabatts gem. § 4 Abs. 2 dieses Vertrags.

§ 6

Umsetzung, Information, Sonstiges

1. Der Betreiberverband verpflichtet sich, seine Mitglieder über den Inhalt dieses Gesamtvertrags und die Pflichten nach diesem Vertrag jährlich und bei Anfragen im Einzelfall angemessen zu informieren.

2. Der Betreiberverband versichert ausdrücklich, selbst oder über seine Landesverbände eine Zahl von insgesamt mindestens 20 Mitgliedern oder einen wesentlichen Teil einer relevanten Vergütungsklasse ausmachenden Unternehmen zu vertreten, die nach dem Urheberrechtsgesetz geschützte Werke oder Leistungen nutzen oder zur Zahlung von Vergütungen nach dem Urheberrechtsgesetz verpflichtet sind und auf Verlangen den Verwertungsgesellschaften die Vertretung einer ausreichenden Zahl von Mitgliedern oder einen wesentlichen Teil einer relevanten Vergütungsklasse ausmachenden Unternehmen nachzuweisen. Der Betreiberverband ist verpflichtet, unaufgefordert der VG WORT schriftlich mitzuteilen, sobald er selbst oder über seine Landesverbände insgesamt weniger als 20 Mitglieder oder eines wesentlichen Teils einer relevanten Vergütungsklasse ausmachende Unternehmen vertritt. In diesem Fall steht der VG WORT ein außerordentliches Kündigungsrecht in Bezug auf diesen Gesamtvertrag zu.
3. Die VG WORT überprüft die Mitgliedschaft eines Unternehmens in den Gesamtvertragsverbänden. Die VG WORT teilt dem Betreiberverband einmal jährlich schriftlich mit, welche Unternehmen gegenüber der VG WORT angegeben haben, bei dem Verband bzw. dessen entsprechenden Landesverbänden Mitglied zu sein. Dem Betreiberverband bzw. dessen Landesverbänden bleibt es unbenommen, diese Angaben zu überprüfen und die VG WORT bei etwaigen Abweichungen zu informieren.
4. Der Betreiberverband übernimmt keine Haftung für die Abgabe oder Richtigkeit von Meldungen seiner Mitglieder oder für deren Verbindlichkeiten und Verpflichtungen, auch nicht für Rechtsverletzungen ihrer Mitglieder nach dem UrhG.
5. Streitigkeiten über Grund oder Höhe der Vergütungspflicht im Einzelfall werden unmittelbar mit dem betroffenen Mitglied des Betreiberverbands geklärt.
6. Die Verwertungsgesellschaften verpflichten sich, die ihr zur Kenntnis gelangten Daten, insbesondere über einzelne Unternehmen vertraulich zu behandeln.

§ 7

Schlussbestimmungen

1. Nebenabreden, Ergänzungen oder Änderungen des Vertrags bedürfen der Schriftform.
2. Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam oder

undurchführbar sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Parteien wirtschaftlich gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieser Vereinbarung gewollt hätten, sofern sie den Punkt bei Abschluss dieser Vereinbarung bedacht hätten. Das gleiche gilt im Falle einer Lücke.

§ 8

Inkrafttreten, Laufzeit

Der Gesamtvertrag wird für die Zeit ab dem 01. Januar 2016 geschlossen. Wird der Vertrag nicht von einer der beiden Parteien mit einer Frist von 6 Monaten zum Jahresende, frühestens zum 31. Dezember 2017 schriftlich gekündigt, verlängert sich die Laufzeit jeweils um ein weiteres Jahr.

Für den Betreiberverband:

Hann, den 17.10.2016
Ingeborg
[Signature]

Für die Verwertungsgesellschaft WORT und zugleich für die Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst:

München, den 16.12.2016
[Signature]
Rainer Just
Dr. Robert Staats
Rainer Just